

Antrag zur Änderung der Organisations- und Beitragssatzung sowie der Wahlordnung der Studierendenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Antragsteller:

Max Härtel (für Anlage 2) und Kenan Bilen

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge die folgenden Änderungen

- 1. der Organisationssatzung der Studierendenschaft (Anlage 1)**
- 2. der Beitragssatzung der Studierendenschaft (Anlage 2) sowie**
- 3. der Wahlordnung der Studierendenschaft (Anlage 3)**

beschließen.

Antragsbegründung:

Im Übrigen wird auf die Begründungen in der Anlage verwiesen.

Weitere Ergänzungen und Ausführungen sowie die Beantwortung etwaiger Fragen wird mündlich auf der Sitzung erfolgen.

Änderungen der Organisationssatzung der Studierendenschaft

Organisationssatzung 2025-XX-XX	Änderung	Begründung
§ 13 Verhinderung oder Ausscheiden von Mitgliedern des Studierendenparlaments (3) Scheidet ein Mitglied des Studierendenparlaments aus, so rückt die Person mit der nächsthöheren Stimmenzahl aus der betroffenen Liste als Mitglied nach. Ist kein*e Stellvertreter*in vorhanden, so bleibt der Sitz unbesetzt.	§ 13 Verhinderung oder Ausscheiden von Mitgliedern des Studierendenparlaments (3) Scheidet ein Mitglied des Studierendenparlaments aus, so gilt Absatz 1 entsprechend . Ist kein*e Stellvertreter*in vorhanden, so bleibt der Sitz unbesetzt.	Verwirrende Formulierung, insbesondere mit dem § 27 Abs. 4 der Wahlordnung. Die neue Formulierung soll nunmehr komplett auf die Wahlordnung referenzieren, um unterschiedliche Auslegungen zu vermeiden.
§ 14 Wahl und Abwahl des Präsidiums (2) Die Mitglieder des Präsidiums werden mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Studierendenparlaments gewählt. Kommt diese Mehrheit in zwei Wahlgängen nicht zustande, so ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat.	§ 14 Wahl und Abwahl des Präsidiums (2) Die Mitglieder des Präsidiums werden mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Studierendenparlaments gewählt. Kommt diese Mehrheit in zwei Wahlgängen nicht zustande, so ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat. Jedenfalls nicht gewählt sind Personen, die weniger Stimmen erhalten haben, als es Nein-Stimmen gibt.	Der Zusatz soll verhindern, dass Personen nicht zwingend gewählt werden müssen bzw. gegen den Willen einer Mehrheit des Studierendenparlaments in diese wichtigen und repräsentativen Ämter gewählt werden können.
§ 20 Wahl und Abwahl der Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses (1) Die Mitglieder des Vorstandes des Allgemeinen Studierendenausschusses werden mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Studierendenparlaments gewählt. Kommt diese Mehrheit in zwei Wahlgängen nicht zustande, so ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat. Die übrigen Referenten*innen des Allgemeinen Studierendenausschusses werden nach der Wahl des Vorstandes auf dessen Vorschlag vom Studierendenparlament einzeln gewählt. § 9 gilt entsprechend.	§ 20 Wahl und Abwahl der Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses (1) Die Mitglieder des Vorstandes des Allgemeinen Studierendenausschusses werden mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Studierendenparlaments gewählt. Kommt diese Mehrheit in zwei Wahlgängen nicht zustande, so ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat. Jedenfalls nicht gewählt sind Personen, die weniger Stimmen erhalten haben, als es Nein-Stimmen gibt. Die übrigen Referenten*innen des Allgemeinen Studierendenausschusses werden nach der Wahl des Vorstandes auf dessen Vorschlag vom Studierendenparlament einzeln gewählt. § 9 gilt entsprechend.	Siehe Begründung zu § 14 Abs. 2.

Anlage 1

Organisationssatzung 2025-XX-XX	Änderung	Begründung
<p>§ 28 Ausscheiden von Mitgliedern (2) Scheidet ein Mitglied der Fachschaftvertretung aus, so rückt die Person mit der nächsthöheren Stimmenzahl nach. Ist keine weitere Person vorhanden, so bleibt der Platz frei.</p>	<p>§ 28 Ausscheiden von Mitgliedern der Fachschaftsvertretung (2) Scheidet ein Mitglied der Fachschaftvertretung aus, so rückt eine Person nach § 27 Absatz 4 der Wahlordnung der Studierendenschaft nach. Ist keine weitere Person vorhanden, so bleibt der Platz frei.</p>	<p>Siehe Begründung zu § 13 Abs. 3.</p>
<p>§ 31 Aufgaben Die Fachschaftsvertretungskonferenz berät den Allgemeinen Studierendenausschuss und das Studierendenparlament zu den Belangen der Fachschaftsvertretungen. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Koordinierung der Zusammenarbeit der einzelnen Fachschaftsvertretungen. 2. Förderung der Vernetzung und des Austausches zwischen den Fachschaftsvertretungen. 3. Planung und Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen 	<p>§ 31 Aufgaben der Fachschaftsvertretungskonferenz Die Fachschaftsvertretungskonferenz berät den Allgemeinen Studierendenausschuss und das Studierendenparlament zu den Belangen der Fachschaftsvertretungen. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Koordinierung der Zusammenarbeit der einzelnen Fachschaftsvertretungen. 2. Förderung der Vernetzung und des Austausches zwischen den Fachschaftsvertretungen. 3. Planung und Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen. 	<p>Schönheitskorrektur</p>
<p>§ 35 Wahl und Abwahl der Koordination (2) Die Mitglieder der Koordination der Fachschaftsvertretungskonferenz werden mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Fachschaftsvertretungskonferenz gewählt. Kommt diese Mehrheit in zwei Wahlgängen nicht zustande, so ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat.</p>	<p>§ 35 Wahl und Abwahl der Koordination der Fachschaftsvertretungskonferenz (2) Die Mitglieder der Koordination der Fachschaftsvertretungskonferenz werden mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Fachschaftsvertretungskonferenz gewählt. Kommt diese Mehrheit in zwei Wahlgängen nicht zustande, so ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat. Jedenfalls nicht gewählt sind Personen, die weniger Stimmen erhalten haben, als es Nein-Stimmen gibt.</p>	<p>Siehe Begründung zu § 14 Abs. 2.</p>
<p>Anlage 1 Nr. 40: Wirtschaft- und Sozialwissenschaft</p>	<p>Anlage 1 Nr. 40: Wirtschaft- und Sozialwissenschaften</p>	<p>Übertragungsfehler seitens des Antragstellers. (Jetzt müssten aber alle Namen richtig sein 😊)</p>

Änderungen der Beitragssatzung der Studierendenschaft

Beitragssatzung 2025-XX-XX	Änderung	Begründung
§ 4 Antragstellung (2) Macht eine antragstellende Person glaubhaft, dass sie eine verspätete Antragstellung nicht zu vertreten hat, gilt der Antrag als rechtzeitig eingegangen, wenn er unverzüglich, spätestens jedoch vor Ablauf desjenigen Semesters, für den der Antrag gestellt wird, eingereicht wird.	§ 4 Antragstellung (2) Der Antrag auf Beitragserstattung ist spätestens nach Beginn des Semesters zu stellen, für welches die Erstattung beantragt wird. Macht die antragstellende Person glaubhaft, dass sie eine verspätete Antragstellung nicht zu vertreten hat, so gilt der Antrag als rechtzeitig eingegangen, insofern der Antrag vor Ende des Semesters gestellt wird, für welches die Erstattung beantragt wird.	Aus dem alten Abs. 2 geht keine genaue Einreichungsfrist hervor, weswegen die Abwägung, wann eine verspätete Antragstellung vorliegt, allenfalls schwammig erfolgen kann. Der neue Abs. 2 ist dagegen in seiner Schwammigkeit konkreter, ohne dabei den antragsbearbeitenden Personen Ermessen abzuschneiden.
§ 9 Beitragserstattung ohne Nutzungsberechtigung des Semestertickets (1) Studierenden, die <ol style="list-style-type: none"> 1. für das betreffende Semester beurlaubt sind, 2. nach §§ 152 Absatz 5, 228 Absatz 1 SGB IX unentgeltlich zu befördern sind, 3. aufgrund einer Behinderung den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können, 4. sich nachweislich aus Studiengründen oder Forschungsgründen durchgehend mehr als 15 Wochen innerhalb mindestens eines Semesters außerhalb des Gültigkeitsbereiches des Semestertickets aufhalten, 5. ihren DE-Semesterticketbeitrag an einer anderen Hochschule an die dortige Studierendenschaft entrichten, 6. unverschuldet nicht nach Deutschland einreisen können 	§ 9 Beitragserstattung ohne Nutzungsberechtigung des Semestertickets (1) Studierenden, die <ol style="list-style-type: none"> 1. für das betreffende Semester beurlaubt sind, 2. nach §§ 152 Absatz 5, 228 Absatz 1 SGB IX unentgeltlich zu befördern sind, 3. aufgrund einer Behinderung den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können, 4. sich nachweislich aus Studiengründen oder Forschungsgründen durchgehend mehr als 15 Wochen innerhalb mindestens eines Semesters außerhalb des Gültigkeitsbereiches des Semestertickets aufhalten, 5. ihren DE-Semesterticketbeitrag an einer anderen Hochschule an die dortige Studierendenschaft entrichten, 6. unverschuldet nicht nach Deutschland einreisen können oder 7. unter die Erstattungsgründe nach § 8 fallen 	Die Aufnahme des Nr. 7 in Abs. 2 bezüglich der Erstattung nach § 8 dient dazu, dass auch hier offenkundig ist, dass das Semesterticket auch im Falle des § 8 gesperrt wird.

Anlage 2

Beitragssatzung 2025-XX-XX	Änderung	Begründung
<p>wird auf Antrag der Semesterticketbeitrag gegen Sperrung des Semestertickets erstattet. Dem Antrag sind geeignete Nachweise beizufügen. Im Fall des Nummer 4 ist eine entsprechende Bescheinigung der Einrichtung vorzulegen und die Erstattung erfolgt lediglich für das Semester, in welchem der Großteil des Aufenthaltes liegt.</p> <p style="text-align: center;">e i n g e f ü g t</p>	<p>wird auf Antrag der Semesterticketbeitrag gegen Sperrung des Semestertickets erstattet. Dem Antrag sind geeignete Nachweise beizufügen. Im Fall des Nummer 4 ist eine entsprechende Bescheinigung der Einrichtung vorzulegen und die Erstattung erfolgt lediglich für das Semester, in welchem der Großteil des Aufenthaltes liegt.</p> <p>(3) Wird ein Antrag bewusst verzögert gestellt oder besteht der begründete Verdacht einer missbräuchlichen Antragstellung, so erlischt der Anspruch auf Erstattung und der Erstattungsantrag kann abgelehnt werden.</p>	<p>Der neue Abs. 3 soll eine Ablehnung ermöglichen, wenn antragstellende Personen offensichtlich das Semesterticket trotz eines Erstattungsantrags nach § 9 weiter benutzt haben, benutzen oder benutzen wollen.</p>
<p>§ 12 Übergangsregelung (1) Auf Beitragserhebungs- und -erstattungsverfahren bezüglich der Beiträge zum Wintersemester 2024/2025 oder zu vorherige Semester findet die Beitragssatzung in ihrer zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Fassung Anwendung.</p> <p>(2) Erstattungsanträge bezüglich der Beiträge für das Wintersemester 2024/2025 oder vorherigen Semestern sind bis zum 1. Juli 2025 zu stellen, soweit sich aus der jeweils gültigen Satzung kein früherer Zeitpunkt ergibt. Nach dem 1. Juli 2025 gestellte Anträge sind in jedem Falle als verfristet abzulehnen.</p> <p>(3) Bei Erstattungs- und Härtefallanträgen für das Sommersemester 2025 ist diese Neufassung anzuwenden.</p>	<p>§ 12 Übergangsregelung (1) Auf Beitragserhebungs- und -erstattungsverfahren bezüglich der Beiträge zum Wintersemester 2024/2025 oder zu vorherige Semester findet die Beitragssatzung in ihrer zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Fassung Anwendung.</p> <p>(2) Erstattungsanträge bezüglich der Beiträge für das Wintersemester 2024/2025 oder vorherigen Semestern sind bis zum 1. Juli 2025 zu stellen, soweit sich aus der jeweils gültigen Satzung kein früherer Zeitpunkt ergibt. Nach dem 1. Juli 2025 gestellte Anträge sind in jedem Falle als verfristet abzulehnen.</p> <p>(3) Bei Erstattungs- und Härtefallanträgen für das Sommersemester 2025 ist diese Neufassung anzuwenden.</p>	<p>Wirkt in der alten Form eher Fehl am Platze, insbesondere, da diese Fassung der Beitragssatzung seit 2023 gilt.</p>

Anlage 3

Wahlordnung 2025-03-26	Änderung	Begründung
<p>§ 27 Verteilung der Sitze und Regelung des Nachrückverfahrens</p> <p>(4) Die nicht gewählten Bewerbenden eines Wahlvorschlages sind in der Reihenfolge gemäß § 27 Absatz 1 nachrückende Personen für die auf diesen Wahlvorschlag entfallenden Sitze. Ist für einen Wahlvorschlag eine nachrückende Person nicht oder nicht mehr vorhanden, so gilt § 27 Absatz 2 entsprechend.</p>	<p>§ 27 Verteilung der Sitze und Regelung des Nachrückverfahrens</p> <p>(4) Die nicht gewählten Bewerbenden eines Wahlvorschlages sind in der Reihenfolge gemäß § 27 Absatz 1 nachrückende Personen für die auf diesen Wahlvorschlag entfallenden Sitze. Ist für einen Wahlvorschlag eine nachrückende Person nicht oder nicht mehr vorhanden, so gilt § 27 Absatz 2 Satz 1 entsprechend.</p>	<p>GERNE § 27 SELBST LESEN! Es folgt eine eigene Auslegung.</p> <p>Abs. 2 S. 2 sagt, dass wenn mehrere Wahlvorschläge stimmengleich sind und es nicht genug Sitze gibt, zieht die Wahlleitung ein Los.</p> <p>Abs. 3 S. 2 geht auf die Stimmengleichheit EINES Wahlvorschlags ein. Hier erfolgt die Vergabe anhand der Platzierung auf dem Wahlvorschlag.</p> <p>Abs. 4 S. 2 möchte jetzt auf Abs. 2 verweisen, allerdings unter der Prämisse, dass dieser jetzt nur eine Aussage für EINEN Wahlvorschlag treffen soll.</p> <p>Ich lese den so, dass hier nur auf den Abs. 2 S. 1 verweisen soll und zwar in dem Sinn, dass wenn so viele Personen von einer Liste wegfallen, dass die Sitze nicht mehr gefüllt werden können, dass dieser wegfällt. Der Rest des Abs. 2 ergibt für diesen Fall keinen Sinn, selbst bei nur entsprechender Anwendung.</p>